



1. Mai 2006

Solidarität ist in!

von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von **AUF Witten**

Der Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist zu einer der wichtigsten Fragen für die Menschen geworden. **AUF Witten** stellt deshalb seine Politik voll in den Dienst der Solidarität mit dem Kampf um jeden Arbeitsplatz. Auch hier gilt:

Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Oder haben Sie schon erlebt, dass Lohnverzicht Arbeitsplätze gesichert hätte? Oder dass Arbeitsplätze gerettet wurden, weil ein hochrangiger Politiker ange-reist kam und Streikende zu Verhandlungen statt Kampf überredet hat?

Hat sich überhaupt etwas zum Guten für uns erge-ben, ohne dass wir zuvor darum erbittert gekämpft hätten?



Wo Arbeitsplätze bedroht sind, erfahren es die unmittelbar Betroffenen oftmals zuletzt! Wenn die Arbeits-platzvernichter so viel Einfallsreichtum zur Sicherung von Arbeitsplätzen aufbringen würden, wie sie in die Desinformation der Betroffenen stecken, müssten wir uns kaum Sorgen machen.

AUF Witten ermutigt Menschen, die für ihre Rechte kämpfen wollen, selbst aktiv zu werden, unterstützt nach Kräften ihren Kampf und bietet ihnen ein Sprachrohr im Rat der Stadt und in der Öffentlichkeit.

In diesem Sinne freuen wir uns auf die Zukunft: packen wir's gemeinsam an!



Auf die Arbeit angewiesen

Städtische Reinigungsfrau unmissverständlich: "Wir wollen nicht 'abgebaut' werden!"

Zum großen Erstaunen der Bürgermeisterin und der Verwaltungsspitze haben die städtischen Reinigungs-frauen sofort eine Protestaktion durchgeführt, als Pläne bekannt wurden, dass in ihrem Bereich drastisch abgebaut bzw. privatisiert werden soll.

In der Folge fehlte es nicht an Beteuerungen, keine Frau würde entlassen. Am 3. April folgte die Rats-mehrheit mit 5 Gegenstimmen einem "Spar"-Antrag der FDP, von 200 Stellen 70 "sozialverträglich" ab-zubauen. Mit reduzierten Quadratmeterpreisen für Reinigungsflächen soll weiteres Geld "gespart" wer-den.

Das wirkt sich nicht nur auf die Sauberkeit negativ aus, sondern würde eine Lohnkürzung nach sich ziehen. Die städtischen Reinigungsfrauen jedoch sind auf ihren ungekürzten Verdienst angewiesen. Wer abgebaut wird, könnte schwerlich eine entspre-chend bezahlte Arbeit erhalten.

Am Ende würden die Frauen unmittelbar von Hartz IV bedroht und die Folgekosten würden letzt-endlich doch wieder bei der Kommune anfallen.

"Liebe Ratsherren, spart lieber an Euren Frakti-ongeldern!"

Psychiatrische Tagesklinik ungekürzt erhalten!

AUF Witten brachte im März Informationen über Kürzungen des therapeutischen Angebots der Tagesklinik an die Öffentlichkeit. Zusammen mit Betroffenen sammelten wir Unterschriften. Damals wurde uns offiziell vom Pressesprecher des Trägers Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke mitgeteilt, es würde ein Konzept erarbeitet, um nach Weggang des ärztlichen Leiters das therapeutische Angebot fortzuführen. Auch der neue ärztliche Leiter Dr. Marder hat dies versprochen. Doch ein Konzept gibt es bis heute nicht, stattdessen wird das Therapieangebot drastisch gekürzt.



Die psychiatrische Tagesklinik an der Pferdebachstraße – hier wurde schon vielen Menschen geholfen

Die Patienten werden durchweg nur halbtags von einer Assistenzärztin betreut. Einige berichten, dass ihre Gesprächstermine erst verschoben, dann storniert worden seien.

Die Werktherapie wurde ebenfalls gekürzt, der Therapeut steht nur noch zur Hälfte seiner Zeit zur Verfügung, nachdem zuvor bereits der Maltherapeut entlassen worden ist.

Die Diplompsychologin wird die Klinik demnächst ohne Ersatz verlassen. Der Büro- und Verwaltungskraft wurde gekündigt.

Die Kürzungen werden offenbar so durchgeführt, dass es die Betroffenen so wenig als möglich bemerken sollen. Die verbliebenen Mitarbeiter schweigen aus Angst vor Kündigung.

Unterstützen Sie die Forderungen von *AUF Witten* im Interesse der betroffenen Patienten und Mitarbeiter:

- **Die Stadt Witten soll sich für ein ungekürztes Therapieangebot der Tagesklinik in der Pferdebachstraße einsetzen!**
- **Das Gemeinschaftskrankenhaus in Herdecke soll die Kürzungen zurücknehmen!**
- **Keine Repressalien gegen Beschäftigte der Tagesklinik, wenn sie sich mit ihrem Anliegen an die Öffentlichkeit wenden!**

Arbeiter in die Politik von Joachim Fricke



Joachim Fricke ist 48 Jahre alt, Stahlarbeiter und gelernter Maler und Lackierer, Vertrauensmann der IG Metall

Ich habe 2004 für *AUF Witten* im Wahlbezirk 72 Heven-Mitte zum Stadtrat kandidiert. Arbeiter in die Politik – das fand ich gut.

Aber nicht für ein schönes Pöstchen und Hände nicht mehr schmutzig machen! Solche Leute sind überflüssig.

Wir Malocher werden immer die Beschissenen sein, wenn wir nicht endlich selbst Politik machen. Damit muss man nicht warten, bis keiner mehr was dagegen hat, das geht schon heute. Politik ist für mich nicht das Gelaber der Traumtänzer in Berlin. Da kann ich jeden gut verstehen, der dagegen allergisch ist.

Politik ist, wie unser Alltags-Leben aussieht und organisiert wird, von was es abhängt. Da geht es um Fragen, welche Chance man als Jugendlicher hat oder wie man als Rentner lebt.

Im Stadtrat müssen Arbeiterinteressen vertreten werden. Warum? Da will ich einen gängigen Spruch unserer Oberen ein bisschen abwandeln: **Wenn es den Arbeitern gut geht, geht es uns allen gut!**

Filz und Korruption in der Kommunalpolitik passt da nicht, auch deshalb bin ich in *AUF Witten*. Hier aktiv zu sein, habe ich noch keine Minute bereut.

Mein persönliches Motto ist:

"Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!" (Bertholt Brecht)

Beschäftigte nicht zum Sündenbock machen!

Die Stadt Witten hat seit 1992 ca. 600 Stellen in der Verwaltung abgebaut. Eine Konsolidierung des Haushalts der Stadt gelang dennoch nicht. Die Verschuldung der Stadt ist weiter gestiegen. Dennoch soll im Haushaltsjahr 2006/2007 der Personalabbau fortgesetzt werden. "Witten im AUFbruch" sprach darüber aktuell mit Hartmut Witte, stellvertretender Personalratsvorsitzender der Stadt Witten

? Verwaltung und Ratsfraktionen haben sich auf Personalabbau zur "Konsolidierung des Haushalts" verständigt. Wie beurteilt der Personalrat (PR) diese Politik?

Die Unterfinanzierung der Kommunen kann nicht mit Personalabbau kompensiert werden. **Daher zur Privatisierung der städtischen Reinigung ein klares Nein!** Natürlich gibt es immer wieder die Notwendigkeit von Personalanpassungen. Der Personalrat wehrt sich auch nicht gegen eine Erhöhung der Effizienz im Reinigungsbereich. Das ist eine andere Frage.

? Warum stellen Politik und Verwaltung die Reinigungskräfte so unter den Druck des Personalabbaus?

Es wird behauptet, der Reinigungsbereich würde besser und billiger, wenn privatisiert wird. Das ist ein Irrglaube. Erstens hat die Arbeit unserer Reinigungskräfte einen sehr guten Standard. Zweitens treibt die Monopolisierung auf dem Reinigungsmarkt die Preise nach oben. Bei Personalkosten vielleicht eingespartes Geld kann dann nicht realisiert werden und die höheren Preise werden aus dem Verwaltungshaushalt bezahlt. Was man hier vielleicht spart gibt man dort doppelt aus. Außerdem ist **der Personalrat nicht bereit, ein gut funktionierendes Reinigungssystem der Stadt aufzugeben.**

? Der Personalabbau wird mit der Versicherung verbunden: "keine betriebsbedingten Kündigungen..."

Das ist nur ein Lippenbekenntnis. Im öffentlichen Dienst kann man sowieso nur schwer betriebsbedingt kündigen. **Dennoch wird Druck auf die Beschäftigten ausgeübt, um eine weitere Verdichtung der Leistungen zu erreichen.**

Der pauschale Vorwurf, dass in der Verwaltung zu viele Leute arbeiten bzw. nicht arbeiten würden, ist völlig inakzeptabel. **Ich möchte mal sehen wo wir wären, wenn unsere Beschäftigten nicht oft mehr als den normalen Einsatz bringen würden.** Das tun sie, obwohl es im mittleren Dienst seit Jahren kaum Beförderung gab. Personalabbau ist die eine Seite der Zumutungen, die andere der Beförderungsstau.

? Welche Auswirkungen hat diese Personalpolitik für die Menschen in Witten?



Es gibt keinen Personalabbau ohne Reduzierung des Standards, soviel ist klar. Stichwort Winterdienst und Notdienste. **Je weniger Arbeiter, desto weniger Winterdienst mit Auswirkungen auf die Sicherheit.** Das kann strafrechtliche Folgen haben, wenn nach 18 Stunden übermüdete Fahrer schwere Unfälle verursachen.

Hier werden die Augen davor verschlossen, dass wir ein Dienstleistungsbetrieb sind. Dem EN-Kreis sind 33% Personalausgaben zu hoch. Andere Dienstleister wie Hotels haben höhere Quoten.

? Personalabbau und Arbeitszeitverlängerung: eine Art Zangengriff für die Beschäftigten, oder...?

Auf jeden Fall. Die Erhöhung der Arbeitszeit für die Beamten auf 41 Wochenstunden hat nur zum Abbau von Planstellen geführt. Hier wurde die Gegenwehr versäumt. Das ist bitter. Das darf sich nicht wiederholen. ... Ich stehe zur Arbeitszeitverkürzung, aber als Personalrat hat man gegen diese Erpressungspolitik wenig Spielraum.

? Welchen Zusammenhang sieht der PR zwischen der Politik der Privatisierung und dem Personalabbau?

Vielleicht wird die Verschuldungssituation genutzt, den öffentlichen Dienst bzw. Teile davon für die Privatisierung vorzubereiten - Stichwort schlanke Kosten - ich weiß es nicht. Fest steht für uns, dass **Vorsorge und Fürsorge** gegenüber den Menschen in der Stadt **durch Private nur in einer Katastrophe für die Leute enden können.** Was wir bei den hohen Energiepreisen haben, würde dann bei allen privatisierten Gebieten zur Regel.

? Was hält der Personalrat von einer festen Ausbildungsquote?

Sehr viel. Die Bürgermeisterin setzt sich zwar für die Ausbildung bei Opel ein, fährt die Ausbildung der Stadt aber derart zurück, dass uns in zehn Jahren die Leute fehlen. Die Verwaltung ist überaltert, stellt auch der Bericht der Gemeindeprüfanstalt fest. Doch genau diese Feststellung wird übersehen. Die Ausbildungspolitik der Stadt ist perspektivlos. In einem ersten Schritt müsste die Quote verdoppelt werden. Das wäre ein klares Signal für eine sinnvolle Änderung der städtischen Ausbildungspolitik!

"Witten im AUFbruch" bedankt sich im Namen der Leser für das interessante Gespräch!

Steht unser Gesundheitssystem vor dem AUS?

Ärzte-Protest in Witten von Gregor Duve und Peter Frey



Gefunden im Deutschen Ärzteblatt Nr. 4/2006

Am Mittwoch, den 1. März besuchten wir im Saalbau die Informationsveranstaltung niedergelassener Ärzte über ihre tägliche Arbeit. Anwesend waren Patienten, interessierte Bürger, Praxispersonal sowie Vertreter der Politik.

Am meisten klagten die Ärzte über die Belastung durch einen ständig wachsenden Verwaltungsaufwand sowie über drohende Regressverfahren bei Budgetüberschreitung durch "zu teuer" verordnete Medikamente. Für die unmittelbare ärztliche Zuwendung zum Patienten dagegen wird die Zeit immer knapper.

Empört berichtete eine Kinderärztin, dass die Entscheidung, das Leben eines Kindes mit entsprechend teuren Medikamenten zu retten, wegen Budgetüberschreitung bestraft würde, von Kostendeckung ganz zu schweigen.

Wem gehört Mutti sonntags? Gedanken einer Verkäuferin

Für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und das freie Wochenende haben schon unsere Väter und Großväter gekämpft: "Samstags gehört Papi mir!"

Vielleicht sind heute viele Papis am Samstag zu Hause, aber wenn dafür Mami hinter der Theke steht oder an der Kasse sitzt, ist das keine Verbesserung! Im Einzelhandel variieren die Arbeits- bzw. Öffnungszeiten von 5.30 bis 20.30 Uhr. Während der Weltmeisterschaft soll man unter Umständen sogar rund um die Uhr einkaufen können, außerdem darf an vier Sonntagen stundenweise geöffnet werden. **Wohin soll das noch führen?**

Durch die mittlerweile sehr unterschiedlichen Arbeitszeiten kann Familienleben kaum noch stattfinden. In vielen Familien und Partnerschaften sind beide gezwungen, für einen geringen Lohn zu arbeiten.

Die Ärzte sind gehalten, durch Verschreiben wirkstoffgleicher "Generika" Kosten zu sparen. Doch viele Patienten vertragen diese Generika nicht.

Warum lässt die Politik überhaupt so hohe Arzneimittelpreise zu? Ein europaweiter Vergleich belegt, dass die Hersteller ihre Preise willkürlich nach dem Prinzip festlegen "was der Markt hergibt". Ein Arzt dazu: jährlich hätten 5 Mrd. € eingespart werden können, doch die Pharmaindustrie stoppte eine entsprechende Verordnungsliste.

Auch wir meldeten uns zu Wort: Wieso gibt es so viele Krankenkassen? Was halten Sie davon, mit nur einer Kasse – ohne geringste Einschränkung der Leistungen vor Ort – riesige Summen an Vorstands- und Aufsichtsratsgehältern, Verwaltungskosten und Werbung anders zu verwenden – z.B. zur drastischen Senkung von Krankenkassenbeiträgen und zur kostenlosen Versicherung von Kindern und Familienangehörigen ohne Einkommen?

Das Solidarprinzip ist für uns unverzichtbar, Gesundheit darf keine Frage des Einkommens sein! Festbeiträge wie die 10 € pro Quartal und Zuzahlungen sind abzuschaffen!

Das Gesundheitswesen kann die Krise nicht allein aus sich selbst heraus lösen. Es ist eine gesellschaftliche Frage, wie wir mit unseren Kranken umgehen. Deshalb bekräftigt und unterstützt *AUF WITTEN* das Engagement dieser Protestaktion.

Nur wenn der Mensch in den Mittelpunkt der Politik gestellt wird, können wirklich zufrieden stellende Lösungen erreicht werden.

Kann man sich wirklich nichts Besseres mehr vorstellen, als am Sonntag "Shoppern" zu gehen – zum Schaden von uns Verkäuferinnen und unserer Familien?

Es gibt inzwischen so viele Geringverdiener und Hartz IV-Empfänger, dass auch bei längerer Ladenöffnungszeit nicht **mehr** gekauft werden kann. Und auch in anderen Branchen wird die Arbeitszeit immer mehr auf das Wochenende ausgeweitet.

Wer soll denn während der Fußball-WM im Supermarkt rund um die Uhr arbeiten? Die normalen Angestellten wohl kaum: vier Wochen lang rotieren, um rund um die Uhr für die Kunden da zu sein? Leiharbeiter oder Outsourcing erst recht nicht, denn so werden feste Arbeitsplätze kaputt gemacht!

Zeigen Sie Solidarität mit uns Verkäuferinnen.

Die Stadtwerke – im Sinne der Wittener

von Nadine Frey

Bericht vom Bürgerforum von *AUF Witten* am 24. März 2006

Um es vorweg zu nehmen: Ein Ergebnis der Veranstaltung war, dass die anwesenden Vertreter der Stadtwerke den Schulterchluss suchen mit *AUF Witten* im Kampf gegen jegliche Versuche, die Stadtwerke zu privatisieren oder teilzuprivatisieren. Ein solcher Kampf ist im Interesse der Wittener Einwohner dringend nötig, denn die Folgen von Privatisierung in anderen Städten sprechen für sich: Explodierende Preise, Arbeitsplatzvernichtung und schlechtere Leistungen.

Natürlich gab es auch unglaublich viele kritische Fragen zum Thema Energie- und Wasserversorgung, denen sich die Vertreter der Stadtwerke Justiziar



Thorsten Coß (Stadtwerke) und Peter Frey (AUF Witten)

Thorsten Coß und Pressesprecher Thomas Lindner bereitwillig stellten. Dabei blieben etliche Punkte offen.

Kaum zu glauben ist es für *AUF Witten*, dass nicht die Stadtwerke Witten den Abriss des Stadtbades voran getrieben haben wollen, sondern der Stadtrat dies beschlossen habe, weil er nicht auf die Einnahmen durch die Stadtwerke verzichten wollte, die ansonsten in die Sanierung oder einen Neubau geflossen wären.

Die Frage, warum der Wasserkopf beim Wasserwerk so groß ist (vier Führungskräfte und ein zwölfköpfiger Aufsichtsrat "beaufsichtigen" zehn Beschäftigte), wurde *AUF Witten* nicht zufriedenstellend beantwortet.

"Die Kontrolle des Verbundwasserwerkes Witten unterliegt einem Aufsichtsrat, was vorgeschrieben ist, da zwei Gesellschaften – AVU und Stadtwerke Witten – daran beteiligt sind." (Thorsten Coß) Dieser besteht unter anderem aus Vertretern aus dem Stadtrat, die als Mitglied des Aufsichtsrates aber der GmbH verpflichtet sind und nicht der Bevölkerung. Dementsprechend mangelt es auch hier an der von *AUF Witten* geforderten Transparenz.

Laut Thorsten Coß wäre die einzige Alternative, wieder einen Eigenbetrieb aus dem Wasserwerk zu machen, was jedoch ein Rückschritt sei. Für *AUF Witten* zählen hier die Interessen der Bürger und nicht der Haushalt der Stadt Witten oder die des Wasserkopfes beim Wasserwerk.

Nachdem es in vielen Gegenden Deutschlands Proteste gegen hohe Energiekosten gibt, kam auch hier die Frage nach der Zusammensetzung der Strompreise auf: So gehen unter anderem 43 % als Steu-

ern und Abgaben an den Staat, 2 ½ % bleiben bei den Stadtwerken. Gegen hohe Energiekosten soll man also nur bundesweit kämpfen können?

Aber ist in einer Kommune dagegen wirklich nichts auszurichten? Ist denn nicht ein Teil dieser Preise hausgemacht?

So betreiben die Stadtwerke Witten zum einen Sponsoring in den Bereichen Sport und Kultur. Wer wie viel Geld bekommt, entscheidet der Aufsichtsrat, hauptsächlich sind es einzelne Sportarten und Vereine, die hier gesponsert werden, die breite Masse der Bevölkerung hat davon nichts.

Zum anderen blieb die Notwendigkeit der sogenannten "Lustreisen" durch den Aufsichtsrat ebenfalls im Verborgenen. Zwar sollen sich die "Lustreisen" nicht



Gregor Duve und Ratsmitglied Achim Czyliwick

mal im Cent-Bereich auf die Kosten der Bürger ausgewirkt haben, aber das ist für *AUF Witten* unwichtig. Für *AUF Witten* und seine Mitglieder ist es ein unumstößliches Prinzip, dass Privilegien aufgrund eines Postens weder angeboten noch angenommen werden dürfen.

Am Ende des Bürgerforums stand fest, dass hier noch viel gesprochen werden muss, noch einige Anfragen an die Stadtwerke folgen werden und es auch sicher einige Reibungspunkte geben wird.

Auf jeden Fall nehmen wir die Stadtwerke beim Wort und fordern sie auf, sich gemeinsam mit uns für die Wittener einzusetzen.

Umwelt-AG stellt Anfrage von Rosemarie Dienwiebel

Acht Mitglieder stark ist die neue Umwelt-AG von *AUF Witten*. Als erstes wurden Themenbereiche überlegt, die in nächster Zeit angepackt werden sollen: Wasser, Abwässer, Luft, Staubentwicklung, Kreislaufwirtschaft, Naturschutz, Umweltbewusstsein und Naherholung. Beschlossen wurde auch, neue Gesetze entsprechend zu nutzen. Ergebnis: Ein "Auskunftersuchen nach Maßgabe des Bundesumweltinformationsgesetzes (UIG)" an die Bürgermeisterin Frau Leidemann, die ...

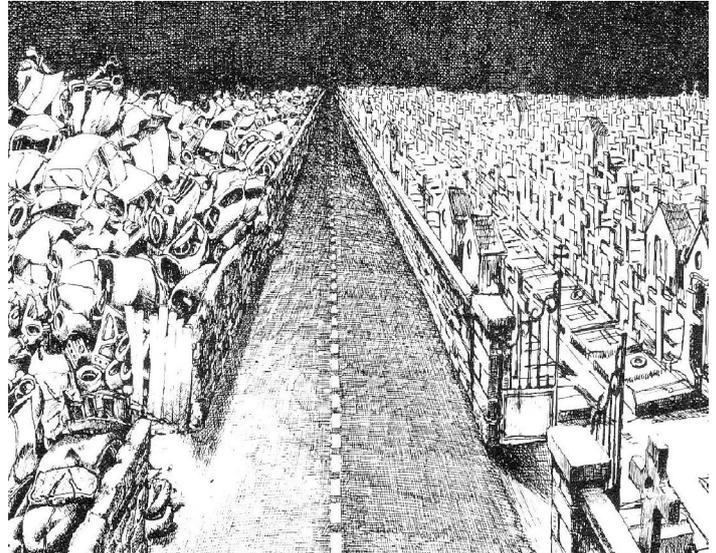
"als Stelle der öffentlichen Verwaltung aktiv herausgabepflichtig (ist) für umfassende Umweltinformationen über Atemluftverunreinigungen, Einleitungen der Industrie in Abwässer und Gewässer, umweltbezogene Belastungen, die sich auf den Status der Gesundheit und Sicherheit der ansässigen Menschen sowie über den Zustand der Umweltbestandteile beziehen. ...

(Sie ist) gesetzlich verpflichtet, aktiv und wohlwollend mit Bürgern zusammenzuarbeiten, die sich dem Schutze der Umwelt verbunden fühlen ...

Ebenso (ist sie) bindend gehalten, wichtige Umweltinformationen aktiv und systematisch in verständlicher Darstellung regelmäßig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen... Sie (muss) Maßnahmen ergreifen, um dem Bürger den Zugang zu den verfügbaren Umweltinformationen zu erleichtern."



So ?



oder so ?

In unserem Schreiben stellten wir anschließend konkrete Fragen nach der Gestanksbelästigung durch Chemiefirmen, nach der Einleitung von Industrie-Abwässern in Oberflächengewässer, nach Kontaminationen in der Lebensmittelkette. Außerdem interessieren wir uns, wie und ob die Stadtverwaltung mit Wittener Ärzten zusammenarbeitet, um Umweltkrankheiten besser zu erfassen.

Man darf gespannt sein, welche Antworten wir erhalten werden. Schließlich sind die Fragen nicht aus der Luft gegriffen. Seit Jahren gibt es immer wieder Beschwerden und auch zunehmend Wittener Einwohner mit teilweise erheblichen umweltbedingten Krankheitssymptomen.

Viel zu lange wurde verharmlost, abgewiegelt und ausgesessen. Engagieren Sie sich deshalb bei unserer Umwelt-AG! Für ein lebenswertes Witten!

Wenden Sie sich an die Adresse von *AUF Witten* oder direkt an mich:

Rosemarie Dienwiebel, Tel. 0231/770104

Bürgerforum von *AUF Witten*

**Kreislaufwirtschaft total und Kryo-Recycling:
Eine gesunde Alternative zur Müllverbrennung!
Neue Arbeitsplätze für Witten!**

**Mittwoch, 17.05.2006, 19 Uhr
Hotel Specht, Westfalenstraße 104**

Haushalt der Stadt ohne Perspektive

aus der Rede von Ratsmitglied Achim Czulwick am 03.04.2006 im Rat der Stadt Witten

"Der vorliegende Haushaltsentwurf kennt nur eine Formel: Mit drastischen Einsparungen soll die steigende Verschuldung der Stadt finanziert werden. Das ist alles was vorliegt. Damit ist der Haushaltsentwurf ohne jede Perspektive. Die Beschäftigten in der Verwaltung werden zu Verantwortlichen der Verschuldung erklärt und massiv mit Arbeitsplatzverlust bedroht. In diesem Haushaltsentwurf wird konsequent umgesetzt, was die gegenwärtige Politik als Leitlinie der Umverteilung vorgibt: Die Menschen sollen noch mehr zahlen, aber weniger Leistungen erhalten!"

Mit diesen Worten fasste Achim Czulwick als Vertreter des überparteilichen Personenwahlbündnisses *AUF Witten* zusammen, warum der Haushaltsentwurf abgelehnt werden muss.

Woher kommen die Schulden?

Dazu Czulwick: "Alle bisherigen Bundes- und Landesregierungen senkten systematisch die Einnahmen für die Kommunen und wälzten zugleich andere Kosten, u.a. die wachsenden Sozialleistungen, auf die Kommunen ab. Die kommunalen Haushalte wurden so zur Finanzierung der Steuersenkungen für die großen Kapitalgesellschaften herangezogen. ... Diese Umverteilungspolitik drückt sich in Witten in einer ständig steigenden Verschuldung aus, die 2005 insgesamt 305,733 Mio. € erreichte. Diese Schuldenentwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch beschleunigen ... die neu aufgenommenen Kredite reichen nicht mehr aus, um die Kreditzinsen bezahlen zu können ... Die Stadt sitzt in der Schuldenfalle.

Zinsmoratorium statt Privatisierung!

... Die Vorstellung, dass über die Privatisierung die kommunale Verschuldung überwunden werden könnte, kalkuliert mit nichts als der bloßen Hoffnung ... Fest steht, dass es zwischen dem Streben nach hohen Renditen der privaten Anleger und dem Auftrag der Kommunen, für die Menschen gute und kostengünstige Angebote zu machen, keine übereinstimmenden Interessen geben kann. PPP ist keine Option in der Kommunalpolitik ...

Negativ-Beispiel Mühlheim (lt. WDR 5 am 12.3.06)

**Schulden vor dem Verkauf des Wasserwerks:
400 Millionen € , aber jährliche Einnahmen**
**Schulden nach dem Verkauf des Wasserwerks:
800 Millionen € und keine Einnahmen mehr**
Preissteigerung für Bürger Mühlheims 22 % in 2005

Ein **Zinsmoratorium** (Aussetzen von Zinszahlungen) wäre eine radikale Kehrtwende in der Kommunalpolitik und würde auf massive Gegenwehr der gesamten Bankenlobby stoßen ...

Doch warum sollen die Leute auf ordentliche Straßen, wohnortnahe Büchereien, vernünftig ausgestattete Frauenhäuser, Förderung zur Integration von Migrantinnen, qualitativ ausreichende Jugend- und Kin-



Achim Czulwick (Publizist und gelernter Drucker), Stadtrat für *AUF Witten*

derarbeit, gesundes Wohnumfeld usw. verzichten, um mit ca. 8 Mio. € aus dem Haushalt der Stadt Witten zur Finanzierung der Riesengewinne der Banken beizutragen?

Reinigungskräfte an allem schuld?

Statt wirklich neue Wege zu gehen, fokussiert der Haushaltsentwurf

alles auf den Personalabbau, als wenn die Beschäftigten die Ursache der Verschuldung der Stadt wären. Die FDP und die CDU haben besonders die Reinigungskräfte als eine Art Hauptverursacher im Auge. Die FDP verlangt in ihrem Antrag sogar ultimativ deren Reduzierung ... Die Beschäftigten sollen nun die Zeche zahlen, sind aber am allerwenigsten für die Verschuldung verantwortlich. Darum konnte der Abbau von ca. 600 Arbeitsplätzen seit 1992 in der Verwaltung auch nichts am Anstieg der Verschuldung ändern. ...

Fraktionsbezüge halbieren!

Zum Schluss möchte ich auf die Entscheidung im Haupt- und Finanzausschuss am 28.03.06 eingehen, gegen die Stimmen der Grünen und bei Enthaltung der Bürgermeisterin die Fraktionsgelder zu erhöhen. Das muss korrigiert werden ... *AUF Witten* fordert seit langem die Halbierung der Bezüge, das möchte ich hier noch einmal bekräftigen ..."

Am Schluss seiner Rede erinnerte Achim Czulwick sinngemäß an eine Erkenntnis Albert Einsteins:

"Mit der Denkweise, die die Probleme verursacht hat, kann man die Probleme nicht lösen, sondern nur noch weiter verschärfen. Eine Zustimmung zu diesem Haushalt wäre eine Zustimmung zur Fortsetzung einer gescheiterten Politik!"

Überregionale Vernetzung alternativer Kommunalpolitik

Auf dem 8. Kommunalpolitischen Ratschlag gründete sich eine Koordinierungsgruppe zur Vernetzung überparteilicher Bündnisse wie **AUF Witten** und anderer alternativer kommunalpolitischer Gruppen und Einzelpersonen. Jüngster Mitarbeiter ist unser Ulrich Wagner, Vorstandsmitglied von **AUF Witten**.

Zusammen mit Manuela Reichmann von **AUF Gelsenkirchen** hat er die Homepage "Kommunalpolitische Erfahrungsbörse" vorbereitet und die Gliederung erstellt. Näheres unter

www.kommunale-erfahrungsboerse.de



Ulrich Wagner (19J) in Ausbildung zum informationstechnischen Assistenten

Uli betreut als **Webmaster** die Homepage von **AUF Witten**, sein politischer Schwerpunkt liegt in der Jugendarbeit. Im Vorstand vertritt er engagiert, dass die Jugend unentbehrlich ist für den Kampf um soziale Ziele, die erfolgreichen Kämpfe der Jugend in Frankreich beweisen das.

Die nächsten Termine mit **AUF Witten**:

Samstag, 06. Mai 2006:

Infostand in Annen, Annenstr. Durchgang zum WAL Mart - 11-13 Uhr

Mittwoch, 17. Mai 2006

Bürgerforum Hotel Specht, Westfalenstr. 104 - 19 Uhr

Samstag, 27. Mai 2006:

Infostand in Herbede, Platz a.d. Schmiede - 11-13 Uhr

Samstag, 03. Juni 2006:

Infostand am Berliner Platz - 11-13 Uhr

Samstag, 17. Juni 2006:

Infostand in Heven, Hellweg vor ALDI - 11-13 Uhr

Sonntag, 02. Juli 2006:

Sommerfest, Grillhütte Hohenstein - ab 15 Uhr

Samstag, 22. Juli 2006:

Infostand am Berliner Platz - 11-13 Uhr

Samstag, 29. Juli 2006:

Infostand in Annen, Annenstr. Durchgang zum WAL Mart - 11-13 Uhr



Es gibt jede Menge Gründe, bei **AUF Witten** mitzumachen

- Ich interessiere mich für **AUF Witten**
- Ich möchte besucht werden
- Ich möchte Mitglied bei **AUF Witten** werden
- Ich möchte für **AUF Witten** spenden

Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Tel.:

Coupon ausgefüllt senden an:
Romeo Frey, Bebbelsdorf 43, 58454 Witten

Informationen zu **AUF Witten** bei:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302/81953 • eMail info@auf-witten.de
Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de